

Kommentar zur Lage

Die Corona-Krise geriert massive Schäden an Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Manche Katastrophenpoeten konstatieren bereits den größten Umbruch in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch nicht Corona ist Schuld an den exzessiven Entwicklungen, sondern eine Politik, die im Vorfeld versagte und dies erst Recht in der Krise tut.

Eine heute veröffentlichte Umfrage meint sagen zu können, dass 93% der Deutschen den Maßnahmen der Regierung zustimmen. Das kann sein, denn seit Wochen flimmert an ihnen eine mediale Horrorshow vorbei, die alles in Angst und Schrecken versetzt hat. Man könnte meinen, bis Corona sei überhaupt noch keiner an einer Krankheit gestorben oder der Tod sei gerade jetzt erst auf der Erde erschienen. Die praktische Vernunft ist abgetreten, vielfach ist jener rigorose Moralismus an ihre Stelle getreten, den wir zur Genüge schon von der Klimadebatte her kennen. Besonnene Stimmen werden entweder totgeschwiegen oder verleumdet. Wer Kritik übt, dem wird vorgeworfen, herzlos zu sein oder Tausende Tote mehr in Kauf nehmen zu wollen. So kann man jede Diskussion totschiessen.

Doch gerade die ist jetzt mehr vonnöten, denn je. Es muss gefragt werden, ob angesichts der Infektions-, Erkrankungs- und Todeszahlen die massiven Grundrechtseingriffe tatsächlich verhältnismäßig sind. Es muss gefragt werden, warum eine Regierung ein Gesetz durch das Parlament peitscht, mit dem sie sich ermächtigt, in einem von ihr erklärten Notstand ohne gesetzliche Grundlage zu handeln. Es muss gefragt werden, warum eine Massenüberwachung per Handyortung in Gang gesetzt werden soll, die im Schneeballsystem bald den größten Teil der Bevölkerung umfassen würde, infiziert oder nicht. Und es muß die Frage gestellt werden nach den Profiteuren im Hintergrund, die mit der Massenangst in Hinblick auf die kommende „Erlösung“ durch den herbeigesehnten Impfstoff Milliardenengeschäfte machen können.

Wer Tagesschau und Heute sieht, die Springerpresse oder den Spiegel liest, wird hierauf keine Antworten bekommen. Die Kontaktsperre hat auch zum Ziel, die öffentliche Diskussion abzuwürgen bzw. in die „sozialen Medien“ zu verlagern, die derzeit von einer neuen Zensurwelle überrollt werden, so bei Facebook, Twitter und YouTube. Vordergründig geht es gegen „Hatespeech“ und „Fakenews“, tatsächlich aber um die Abschaltung kritischer Stimmen, die Fragen wie die obigen stellen und auch Antworten darauf geben.

Die Wahrheit, so sagt ein bekanntes Wort, sei das erste Opfer des Krieges. Das gilt auch für den von globaler Seite und unserer Regierung ausgerufenen Krieg gegen Corona, der ein Krieg gegen Freiheit, Recht und Demokratie zu werden droht.

Umso wichtiger ist es, dass unabhängige Stimmen und Medien weiterhin hörbar bleiben, indem alternative Nachrichten und Meinungen weiter verbreitet werden. Nicht, um sie kritiklos zu übernehmen, sondern um ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen und Stellung dazu zu nehmen.

Die Pflicht des Staatsbürgers ist es gerade jetzt, seine politische Meinungs- und Willensbildung, die der Ausdruck seiner Freiheit und Souveränität ist, gegenüber den Machthabern zu vertreten. Insbesondere von den Abgeordneten unserer Parlamente ist zu fordern, dass die ihrem Beruf, Vertreter des Souveräns, des Volkes, zu sein, wieder nachkommen, die Herrschaft der Parteispitzen abzuschütteln und endlich wieder ihrem Gewissen folgen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre SWG